

# Zweck und Ziel militärischer Einsätze und der Wesenskern soldatischen Dienens

Autor(en): **Freudenberg, Dirk**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **173 (2007)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-71048>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## Zweck und Ziel militärischer Einsätze ...

### ... und der Wesenskern soldatischen Dienens

Wir sind auf dem Weg zu einer «post-heroischen» Gesellschaft. Die Opferbereitschaft, aber auch ihre Anerkennung als soldatische Tugend, haben gelitten. In der bipolaren Welt des Kalten Krieges konnte man noch mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass in Mitteleuropa dank eigener militärischer Stärke kein Krieg entstehen und daher kein Blutvergiessen stattfinden werde. Der Soldatenberuf konnte als Beruf wie jeder andere verstanden werden. Nach der Wende von 1989 zeigen moderne Konflikte wie auf dem Balkan oder in Afghanistan auch Deutschland auf, dass kein Weg am Mitmachen im internationalen Krisenmanagement vorbeiführt – und dass notgedrungen auch militärische Gewalt eingesetzt werden muss. Das heisst aber auch Inkaufnahme eigener Verluste. Diese müssen zwar so gering wie möglich gehalten werden, doch darf dabei nicht jeder Kompromiss eingegangen werden, will man glaubwürdig und nicht erpressbar bleiben. Die politische Führung muss die Voraussetzung dazu im eigenen Land schaffen. **AM**

Dirk Freudenberg

In den letzten Jahren hat sich auch in der Bundesrepublik die Erkenntnis durchgesetzt, dass Streitkräfte ein Instrument der Politik sind. Das waren sie jedoch schon immer – auch für die Bundesrepublik. Allerdings war der aussen- und sicherheitspolitische Fokus der Bundesrepublik auf die bipolare Ordnung des Ost-West-Konflikts eingeschränkt und darauf bedacht, das Gleichgewicht der Machtblöcke zu erhalten und durch den eigenen Beitrag militärischer Stärke in der NATO den potenziellen Gegner abzuschrecken. Die damalige Situation der Bundesrepublik erlaubte es ihr, den Einsatz von Streitkräften als absolute Ultima Ratio zu betrachten und den Begriff der «Verteidigung» auf das eigene Staatsgebiet und das der Bündnispartner zu beschränken. Mithin waren auch damals die Bezugspunkte des staatlichen Handelns Macht und Interesse. Das strategische Gleichgewicht und die Tatsache, dass es in Europa zu jener Zeit keine gross angelegte militärische Auseinandersetzung gab, hatte für viele – auch in der Bundeswehr – den Eindruck entstehen lassen, die geistige Auseinandersetzung mit dem Wesen und den Besonderheiten soldatischen Dienens sei obsolet; es genüge allenfalls «Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen». Ansonsten sei der Dienst des Soldaten «ein Beruf wie jeder andere» auch.

Gleichwohl wurde mit der Wende 1989 und vor allem mit dem Zerfall der Sowjetunion und der bipolaren Ordnung nach 1991 rasch deutlich, dass nicht der ewige Frieden ausgebrochen war. Mit den kriegesischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan war ab Mitte der 1990er-Jahre auch für Deutschland klar, dass es sich als europäische Mittelmacht nicht aus den aufbrechenden Auseinandersetzungen mit dem

Hinweis auf die «Lasten der Vergangenheit» und der «Verantwortung vor der eigenen Geschichte» heraushalten konnte. Bald zeichnete sich ab und wurde spätestens mit dem 11. September offenbar, dass Bedrohungen für das eigene Staatsgebiet auch aus weiter entfernt gelegenen Regionen von nicht-staatlichen Akteuren ausgehen können, sodass sich der aussen- und sicherheitspolitische Fokus in einen globalen Rundumblick ändern musste. Gleichwohl wird nunmehr deutlich, dass sich militärisches Engagement nicht mehr allein auf so genannte «friedenserhaltende» oder «friedenskonsolidierende» Einsätze beschränken lässt und dass es auch in diesen, wie auch in friedenswiederherstellenden oder sogenannten «Postkonfliktoperationen», darauf ankommen kann und muss, militärische Fähigkeiten ziel- und wirkungsorientiert zum Einsatz zu bringen. In letzter Konsequenz bedeutet das Kampf. Anstatt «Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen» muss das Postulat jetzt heissen: «Kämpfen können und kämpfen wollen, um siegen zu können».

Mithin änderte sich auch der Stellenwert soldatischen Dienens in der öffentlichen Wahrnehmung. Und nicht erst mit den Anschlägen auf deutsche Soldaten und damit verbundenen Verlusten stellt sich – nicht nur für die Soldaten und ihre Angehörigen – wieder die Frage nach dem Sinn der Einsätze und dem Wert des Opfers, dem des Lebens, welches schlussendlich der Preis des Einsatzes sein kann. Wenngleich die Verluste und Verwundungen deutscher Soldaten sich im Vergleich zu den verbündeten Staaten bisher als verhältnismässig gering erwiesen haben, so wird doch zunehmend deutlich, dass die Risiken von Tod und Verwundung steigen. Somit tritt wieder die alte – gerade in westlichen Demokratien lange verdrängte – Erkenntnis hervor, dass

der Krieg nicht nur die weitreichendste Form legitimierten Tötens von Artgenossen darstellt, sondern auch zugleich das passive Erleiden des Todes in Kauf nimmt. Gleichfalls wird fühlbar, dass es entscheidendes Wesensmerkmal soldatischen Dienens ist, Leben zu nehmen und zu geben.

Dabei stossen demokratische Systeme immer mehr auf die Schwierigkeit, ihren Gesellschaften die Notwendigkeit von militärischer Rüstung und den Gebrauch militärischer Macht erklärbar zu machen und dementsprechend den hierauf gerichteten Wehrwillen zu entwickeln. Der Abbau der Blöcke, die Aufhebung von vorher fast unüberwindlichen Grenzschränken, erfolgreiche Rüstungskontroll- und Abrüstungsmassnahmen haben in der Bevölkerung eine Stimmungslage bewirkt, die dahintendiert, militärische Bedrohung der eigenen Lebenswelt entweder mit einer gewissen Sorglosigkeit nicht mehr zu sehen oder sie aber in Teile der Welt zu verlagern, die das eigene Land geografisch nicht mehr tangieren. Unmittelbar im Zusammenhang damit steht die Notwendigkeit der Rechtfertigung der (finanziellen) Kosten, die für die Sicherheit aufzubringen sind. Gleichzeitig ist es den heutigen Wohlstandsgesellschaften schwierig zu vermitteln, dass der Gebrauch militärischer Macht – auch bei grösster Überlegenheit – auch immer das Risiko eigener Verluste beinhaltet.

«Menschenwürde» und die «absolute Unversehrbarkeit» jeden individuellen Lebens machen moderne westliche Gesellschaften widerwillig, Einzelleben für Kollektivinteressen zu opfern. Dementsprechend zielt die moderne Kriegführung zumeist darauf ab, die eigenen Verluste gegen null zu halten. Die militärische Interventionsfähigkeit «postheroischer Gesellschaften» ist somit abhängig von der Minimierung eigener Verluste und darüber hinaus auch der des Gegners. Der Verlust von Menschenleben ist insofern grundsätzlich zu vermeiden, unabhängig von der Zugehörigkeit der Betroffenen zu Freund oder Feind. Die Lebenswirklichkeit beweist allerdings, dass dies nicht immer – oder auch nie – möglich ist.

Hier setzt das Dilemma der Politik an. Es muss also Aufgabe einer verantwortungsvollen Staatsführung bzw. der Politik sein, der Gesellschaft zu erklären, dass sie als Lohn für die Durchsetzung ihrer Interessen auch einen Preis zu zahlen bereit sein muss: notfalls das Leben ihrer Soldaten, ihrer Staatsbürger. Tut eine Staatsführung dies

*«Ziel der militärischen Ausbildung und Erziehung ist die Fähigkeit zur Auftragsbefüllung im Krieg und in anderen Krisensituationen, auch unter Einsatz des Lebens.»*

Dienstreglement der Schweizer Armee 2004 (S. 13)



## Strategien militärischer Risikominimierung und deren politische Kosten

«So stehen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine schnell wachsende Anzahl von Krisengebieten und eine eng begrenzte Menge interventionsfähiger, aufgrund ihrer spezifischen Interessenslage sowie ihrer politischen Verfassung jedoch nur selten interventionsbereiter Mächte gegenüber: Die Notwendigkeit, neue innergesellschaftliche Kriege durch die Entsendung auswärtiger Streitkräfte im Ansatz zu ersticken, hat ständig zugenommen, während die Möglichkeit hierzu eher zurückgegangen ist – ein weiterer Grund dafür, dass sich die neuen Kriege in den letzten Jahren ungehindert ausgebreitet haben und dass sich dies in nächster Zukunft schwerlich ändern wird.»

Hefried Münkler, *die neuen Kriege*, Rowohlt, Reinbeck b. Hamburg, 2004 (S. 232–233)

nicht, macht sie sich erpressbar: Sie wird niemals tatsächlich ein «robustes Mandat» zur Durchsetzung eines Auftrages umsetzen, da zum Wesen des Militärischen nun einmal in letzter Konsequenz der Kampf mit der Waffe gehört und jeder Akteur im Wissen um diese Erpressbarkeit diese Karte spielen wird. Folglich arrangiert man sich mit einer solchen Haltung mit diesen Akteuren, lässt sich auf Kompromisse ein und hindert damit gleichzeitig die eigenen Kräfte an der effektiven Durchführung ihres Auftrages; oder man zieht sich zurück, spätestens dann, wenn die Bilder der ersten eigenen Toten in den heimischen Medien präsentiert werden.

Folglich muss Politik Zweck und Ziel von Einsätzen definieren und verständlich machen. Bereits der heute so häufig für überholt angesehene Clausewitz hat auf diesen Unterschied hingewiesen. Zweck und Ziel sind Bezugspunkte jeder Strategie. Das grundsätzliche Ziel einer jeden Strategie ist der Erfolg. Das grundsätzliche Ziel einer Kriegführung und damit jeder militärpolitischen Strategie ist der Sieg. Für Clausewitz zielt der Akt der Gewalt dabei auf die Wehrlosmachung oder Niederwerfung des Gegners; Niederwerfung bedeutet, dem Gegner seine Kräfte zur

Kriegführung zu nehmen, also alle Mittel zur Kriegführung. Allerdings ist dieser gerade in den heutigen Konflikten nicht allein durch die Niederwerfung der gegnerischen Kräfte definiert, sondern ist durch einen finalen Status (engl.: «end state») darzulegen, der das gesamte politische Umfeld betrachtet. Dieser finale Status ist der Zweck der Strategie. Dieser «end state», also der Zweck, ist das, was Clausewitz mit «beabsichtigtem Frieden» meint: «Die Erhaltung der eigenen Streitkräfte, die Vernichtung der feindlichen, mit anderen Worten der Sieg ist der Gegenstand des Kampfes; aber er ist freilich nicht der letzte Zweck. Die Erhaltung des eigenen Staates und die Niederwerfung des feindlichen ist dieser Zweck, und wieder mit einem Wort: der beabsichtigte Friede, weil in ihm sich dieser Konflikt ausgleicht und in einem gemeinschaftlichen Resultat endigt.» Clausewitz erarbeitet folglich mit seiner Theorie des Krieges, der Herausarbeitung prinzipieller Relationen von Politik, Gesellschaft, Krieg und Friedensordnung, eine zukunftsweisende Studie, welche bereits hier die Zusammenhänge gesamtgesellschaftlicher Wechsel- und Aussenwirkungen hervorhebt. Der Einsatz militärischer Mittel, mithin Kriegführung, ist somit ein Instrument der Politik und Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Das Weissbuch von 2006, welches erstmals die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland umreisst und zur Konfliktverhinderung und -bewältigung auf einen ressort- und institutionenübergreifenden Ansatz hinweist, mithin den Einsatz militärischer Mittel als ein subsidiäres Instrument der Politik versteht, folgt dem clausewitzschen Ansatz. Wenn sich allerdings die Bundesrepublik entschliesst, Streitkräfte zu entsenden, so muss der politische Zweck klar definiert und abgestimmt sein; die diesem Zweck dienenden militärischen Ziele müssen realistisch und erreichbar sein. Dazu sind die zu entsendenden Truppen entsprechend auszuwählen, zu-

sammenzustellen, auszubilden, auszurüsten und zu unterstützen. Mithin sind die erforderlichen Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen. Vor allem aber sind Zweck und Ziel der Bevölkerung und den Soldaten zu vermitteln. Während des Kalten Krieges hatten Streitkräfte den Zweck, in der Krise die Bundesregierung vor politischer und militärischer Erpressung von aussen zu schützen sowie im Kriege die Unversehrtheit des Staatsgebietes der Bundesrepublik und seiner Verbündeten zu schützen und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung zu garantieren. Die Fähigkeiten der Streitkräfte und (potenzielle) militärische Ziele waren auch hinsichtlich der (geplanten) Operationsführung auf eben diesen Zweck ausgerichtet. In den aktuellen Konflikten mit tatsächlichen Operationen sind die konkreten militärischen Ziele *conditio sine qua non* dafür, dass der politische Zweck, die Handlungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland glaubwürdig zu demonstrieren, erreicht werden kann.

Es ist die Aufgabe der Politik, dieses nachvollziehbar zu leisten und die Risiken offenzulegen sowie dabei Opfer und Verluste zu vertreten. **Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, machen militärische Einsätze Sinn, wird soldatisches Dienen nachvollzogen und können auch Rückschläge verkraftet werden.**

Anmerkung: Bei den Ausführungen handelt es sich um die persönliche Meinung des Verfassers. ■



Dirk Freudenberg, Dr.,  
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und  
Katastrophenhilfe  
Akademie für Krisenmanagement,  
Notfallplanung und  
Zivilschutz,  
D-53507 Dernau (privat).

## PRO UND CONTRA

### Hat sich das Modell der Zeitmilitärs bewährt?

Eine stichhaltige Antwort auf diese Frage könnten nur solche Wehrmänner geben, die entweder das Modell selber erprobt haben oder den Einsatz von Zeitmilitärs aus eigener Anschauung zu beurteilen vermögen. Niemand hat sich auf Grund solcher Erfahrungen zum Wort gemeldet. Das lässt sich vielleicht damit erklären, dass die Zeitspanne möglicher Erfahrungen noch relativ kurz ist. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass dieses Modell gewissermassen als «erratischer Block» in unsere traditionsgeprägte Miliz hineinkatapultiert wurde. Es wäre jedoch schade, den Versuch angesichts der Schwierigkeiten in der Startphase vorzeitig abzubrechen. Das Modell entspricht dem aktuellen Trend zur Mobilität im Berufsleben und eröffnet neue Chancen des Erfahrungsaustausches zwischen zivilen und militärischen Aktivitäten.

Zum dritten Mal in Folge sind unter dem Titel «Pro und Contra» keine Stellungnahmen aus dem Leserkreis eingegangen. Wir haben uns deshalb entschlossen, diese Rubrik einzustellen. G./Fe. ■